

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Rath, Wolfhard Ploog, Karl-Heinz Warnholz,  
Dr. Jens Wolf, Jörg Hamann (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Stopp dem Tod durch Erfrieren – Rot-Grün muss weitere Kältetote  
durch kurzfristige Öffentlichkeitskampagne verhindern**

Nach mehreren Kältetoten unter den Obdachlosen in Hamburg im Winter 2018/2019 und bereits zwei weiteren in der Hamburger Innenstadt in der zweiten Novemberwoche 2019 darf es nicht zu weiteren Todesfällen kommen. Dafür muss die Hamburger Gesellschaft gemeinschaftlich Sorge tragen. Da der Staat und die in dem Bereich tätigen Träger und Ehrenamtlichen ihre Augen nicht überall haben können, ist es wichtig, dass auch die Hamburgerinnen und Hamburger wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie einen unter der Kälte massiv leidenden Obdachlosen sehen. Die Alimaus als Betreiber des ehrenamtlichen Kältebusses gibt zum Beispiel bereits auf ihrer Facebook-Präsenz Empfehlungen, wie Passanten reagieren können, wenn sie einen Obdachlosen erblicken, der unter der Kälte leidet. Auch einige Medien haben entsprechende Informationsvideos geschaltet.

Der Verbreitung aller Leben rettenden Informationen zu dem Thema würde es allerdings sehr zugutekommen, wenn auch der rot-grüne Senat auf seinen Seiten zentral und vor allem kompakt im Internet mit entsprechender Überschrift informieren, aber auch über eine Öffentlichkeitskampagne beispielsweise in der Bahn entsprechende Empfehlungen für aufmerksame Hamburgerinnen und Hamburger aussprechen würde. Da viele Bürger Hemmungen haben, bei einer nicht eindeutigen Gefahrenlage die 112 zu wählen, empfiehlt sich auch ein Hinweis auf andere Hilfsstellen wie den Kältebus. Zwar gibt es die „Hamburger Bürgerhotline – Hilfen für Obdachlose“, doch die ist nur montags bis freitags von 8 Uhr bis 16 Uhr besetzt. Die meisten kritischen Fälle dürfte es aber in den Abend-, Nacht- und Morgenstunden geben. Hinzu kommt, dass unter hamburg.de die entsprechende Information relativ weit unten versteckt mit dem Foto einer Callcenter-Mitarbeiterin nicht eindeutig dem Thema Lebensrettung zuzuordnen ist. Auch geht es nicht nur um die Veröffentlichung sogenannter Kälteummern, sondern auch um Erste-Hilfe-Maßnahmen, um vor dem Erfrieren zu retten. So könnten noch mehr Menschen auf das Thema aufmerksam gemacht und mit Informationen versorgt werden, die über Leben und Tod entscheiden. Dies muss der Senat zur Chefsache machen und darf nichts dem Zufall überlassen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. noch im Jahr 2019 in einem ersten Schritt auf seinen Internetseiten kompakt und zentral über Hilfemaßnahmen bei Erfrierungsgefahr zu informieren und in einem zweiten Schritt in einer Öffentlichkeitskampagne die Hamburger darüber in Kenntnis zu setzen, wie sie Obdachlosen bei allzu großer Kälte schnelle Hilfe zukommen lassen können,
2. der Bürgerschaft bis Ende Februar 2020 Bericht zu erstatten.